



Monika Eigmüller (Hrsg.)

Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft

Sozialpolitik in historisch-
soziologischer Perspektive

BELTZ JUVENTA

Monika Eigmüller (Hrsg.)
Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft

Monika Eigmüller (Hrsg.)

Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft

Sozialpolitik in historisch-soziologischer
Perspektive

BELTZ JUVENTA

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2012 Beltz Juventa · Weinheim und Basel

www.beltz.de · www.juventa.de

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach

Printed in Germany

ISBN 978-3-7799-5037-0

Inhalt

<i>Monika Eig Müller</i> Historische Soziologie, <i>Socio-histoire</i> und historisierende Sozialwissenschaft: Ein neuer Ansatz soziologischer EU-Forschung	7
---	---

Teil I

Der Dialog zwischen Vergangenheit und Gegenwart: Historisch-soziologische Studien in der Sozialforschung

<i>Georg Vobruba</i> Analogien zwischen staatlicher und europäischer Sozialpolitik	22
---	----

<i>Christina May</i> Wiederkehr und Neubeginn. Zur Aktualität historisch- soziologischer Perspektiven in der Sozialpolitikforschung	30
---	----

Teil II

Sozialpolitik und die Konstruktion nationaler Gemeinschaft

<i>Stefanie Börner</i> Umverteilungsfeste Solidaritäten auf dem Prüfstand. Die Konstruktion und Rekonstruktion sozialer Solidarität in den Unterstützungskassen des 19. Jahrhunderts	54
---	----

<i>Marc Breuer</i> Nationale oder konfessionelle Solidarität? Zur Konstitution von Wohlfahrtsstaaten im Rahmen segmentärer Strukturen	77
---	----

<i>Monika Senghaas</i> Sozialpolitik und Nationenbildung. Die Einführung von Sozialversicherungen in Frankreich und in der Habsburgermonarchie	102
--	-----

<i>Daniel Béland und André Lecours</i> Nationalismus und Sozialpolitik in Québec und Kanada	123
--	-----

Teil III

Europäische Vergesellschaftung: Die Entstehung eines Sozialraums Europa

Antonin Cohen

Der „Tag, an dem Europa entstand“. *Socio-histoire* einer politischen Entscheidung 144

Nancy Scharpff

Von der „sozialen Dimension Europas“ zum „sozialen Europa“. Sozialpolitikentwicklung in der Globalisierung 177

Monika Eigmüller

Die Entstehung des *Sozialraum Europa*. Der Einfluss individueller Akteure auf den Integrationsprozess im Feld der Sozialpolitik 202

Felix Wilke

(Gem)Einsam aus der Krise? Identität und die Vorstellung eines europäischen Sozialraums 226

Teil IV

Von Gemeinschaft zu Gesellschaft in Europa

Ulrich Bielefeld

Von Gemeinschaft zu Gesellschaft: Bemerkungen zu einer Theorie europäischer Vergesellschaftung 252

Die Autorinnen und Autoren 269

Historische Soziologie, *Socio-histoire* und historisierende Sozialwissenschaft: Ein neuer Ansatz soziologischer EU-Forschung¹

Diachrone Vergleiche haben Konjunktur, nicht zuletzt in der Europafor- schung. Grund dafür ist vor allem der begrenzte Zeithorizont, der der EU- Integration bislang zugrunde liegt und der Aussagen insbesondere über die gesellschaftlichen Folgen dieses institutionellen Wandlungsprozesses nur sehr zögerlich treffen lässt. So sieht sich besonders die soziologische EU- Forschung einem gewissen Dilemma gegenüber, will man doch einerseits das Forschungsfeld nicht gänzlich anderen Disziplinen überlassen und kann dennoch originäre soziologische Fragen im Angesicht des historisch be- trachtet jungen EU-Projekts kaum stellen. Es ist somit nicht allein der viel- beschworene und oft kritisierte methodologische Nationalismus, der sozio- logische Zugänge zum Integrationsprojekt EU nach wie vor erschwert (vgl. Bayer et al. 2008; Beck 1991), sondern ebenso ein methodologisches Prob- lem, das sich aus dem kurzen Zeithorizont des zu analysierenden Gegen- standes ergibt.

Diese Konstellation hat nun in der Vergangenheit wiederholt dazu ge- führt, das Naheliegende zu tun und den Zeithorizont der Untersuchungsein- heit künstlich zu verlängern. Das heißt, die in Bezug auf das EU-Integra- tionsprojekt und seine gesellschaftlichen Folgen gestellten Fragen wurden kurzerhand in einen weiteren zeitlichen Rahmen gerückt – zumeist in den des Nationalstaats und dessen historische Erfahrungswelten.² Und tatsäch- lich zeigen erste Studien sehr eindrücklich, wie fruchtbar ein solcher Blick

1 Ich danke Stefanie Börner und Nancy Scharpff für die vielen hilfreichen Kommenta- re.

2 Dabei konzentrieren sich die Studien mit Vorliebe auf die Frage nach der (Un)mög- lichkeit europäischer Identitäts- und Gemeinschaftsbildung; um die mangelnden ge- gesellschaftlichen Qualitäten Europas zu erklären, wird hier auf die historische For- schung zur Herausbildung nationaler Identitäten zurückgegriffen (z. B. Gerhards 2002; Fligstein 2008; Kaina 2009; Roose 2010).

in die Vergangenheit für die Analyse gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen sein kann (vgl. z.B. Obinger et al. 2005).

Allerdings zeigt sich auch, dass dieser Rückgriff auf die Vergangenheit und die damit oftmals einhergehenden, zumeist impliziten Vergleiche zwischen Vergangenenem und Gegenwart weder ausreichend reflektiert noch gar in ihren theoretischen wie auch methodischen Voraussetzungen hinreichend explizit thematisiert werden (so etwa Fligstein 2008; Hooghe/Marks 2004).

Dies mag vor allem daran liegen, dass nach wie vor das hierzu notwendige theoretische und auch methodische Instrumentarium fehlt. Besonders deutlich wird dieser Mangel dort, wo nicht nur allgemeine politische Entwicklungen beobachtet werden, sondern ebenso gesellschaftliche Veränderungen im Fokus stehen, wie etwa die soziologische Analyse und Bewertung aktueller Tendenzen in der Herausbildung einer europäischen Sozialpolitik deutlich machen. Nach wie vor wird hier kontrovers diskutiert, ob es zukünftig eine europäische Solidargemeinschaft geben kann, in der sich auch über die bislang existierende regulative Sozialpolitik hinaus redistributive sozialpolitische Elemente entwickeln und damit eine dem nationalen Wohlfahrtsstaat vergleichbare Sozialpolitik auch in der EU entstehen könnte (für einen Überblick vgl. Eigmüller/Mau 2010: 10f.). Deutlicher ausgedrückt kreisen diese Diskussionen um die Frage, ob der Wandel der Sozialpolitik mit der Herausbildung einer europäischen Gesellschaft einhergehen kann und wird, ob also eine europäische Sozialpolitik einer europäischen Gesellschaft bedarf oder aber umgekehrt deren Herausbildung erst nach sich zieht (Eigmüller 2010).³

Höchst problematisch an einigen dieser Arbeiten sind die Ausgangspunkte ihres Argumentationsaufbaus, die oftmals kaum reflektiert werden. Denn diese Ansätze projizieren den *Status quo* nationalstaatlicher Sozialpolitik auf eine zukünftige europäische Solidargemeinschaft, ohne den dabei angenommenen Zusammenhang zwischen Nationalem und Sozialem in der Geschichte der Herausbildung des modernen Wohlfahrtsstaats zu hinterfragen und als historisch kontingenten und variablen Prozess selbst zu untersuchen (so etwa Offe 2001, 2003). Durch die Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf den Entstehungszusammenhang und die Entwicklung nationaler Sozialstaaten werden dabei die Prozesse europäischer Integration in den Kontext einer längeren Entwicklungsperspektive gestellt, was zunächst nicht problematisch erscheint. Allzu oft aber werden die vor dem Horizont nationaler Erfahrungswelten entstandenen sozialwissenschaftlichen Konzepte wie Staatsbürgerschaft, Wohlfahrtsstaat oder kollektive Identität einfach auf den europäischen Rahmen übertragen, ohne sich zuvor

3 Dass die Frage nach den Optionen einer europäischen Gesellschaftsbildung auch ohne den reflexhaften Verweis auf historische Gegebenheiten im Nationalstaat bearbeitet werden kann, zeigt insbesondere Bach (2008) (vgl. zudem Eder 2006; Bach 2006).

der nationalstaatlichen Konnotationen zu entledigen. Anders formuliert, ein methodischer Schwachpunkt dieser Arbeiten liegt darin, dass sie auf den Nationalstaat als archimedischen Punkt ihrer Argumentation zurückgreifen und von dort ausgehend ihre Einschätzungen für die Zukunft der europäischen Sozialpolitik in Interaktion mit einer europäischen Gesellschaft aufbauen (vgl. kritisch Vobruba 2008).

Die methodologischen Schwächen solcher Analysen sind offenkundig. Doch wie können wir sie umgehen und dennoch historische Erfahrungen nutzen, um aktuelle Entwicklungen zu dechiffrieren?

Historische Soziologie

Ein Blick auf die lange Tradition historisch-soziologischer Forschungsansätze, insbesondere die deutsche Tradition der Sozialgeschichte (zum Beispiel Wehler 1973; Kocka 1999; Kaelble 2007; Hitzer/Welskopp 2010) und die (Neue) Historische Soziologie (Schützeichel 2004)⁴, liefert hier erste Anhaltspunkte. Dabei hat die Historische Soziologie weder ein kohärentes Profil, noch eine einheitliche Forschungsprogrammatische oder gar einen Konsens über Erkenntnisziele und -interessen beziehungsweise einheitliche theoretische oder gar methodologische Orientierungen (vgl. ausführlich May in diesem Band).⁵ Gemeinsam ist den Arbeiten jedoch vor allem ein makrotheoretischer Ansatz, der insbesondere das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft analysiert, sowie das Verständnis einer sich historisch situierenden sozialen Wirklichkeit, was eine spezifische, eben nicht ahistori-

4 Die Tradition der historischen Soziologie reicht zurück bis zu den Anfängen der Disziplin und die Arbeiten Max Webers. Diese Schule erfuhr Mitte der 1960er Jahre eine entscheidende Renaissance innerhalb der Soziologie (vornehmlich im anglo-amerikanischen Raum), aus der grundlegende Arbeiten beispielsweise von Seymour M. Lipset, Reinhard Bendix, Barrington Moore und Stein Rokkan hervorgingen. Während sich diese Autoren noch vornehmlich der Erklärung des Zusammenhangs ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungsverläufe im Ländervergleich widmeten, konzentrierten sich spätere Arbeiten vor allem auf die Prozesse solchen sozialen Wandels in langen historischen Zeiträumen (Tilly/Tilly 1981; Tilly 1984; Mann 1986, 1993) und die Möglichkeiten kausalanalytischer Verfahren (Skocpol 1979, 1984).

5 Anders Skocpol (1984: 1) durchaus programmatisch: "Truly historical sociological studies [...] ask questions about social structures or processes understood to be concretely situated in time and space. Secondly, they address processes over time, and take sequences seriously in accounting for outcomes. Third, most historical analyses attend to the interplay of meaningful actions and structural contexts [...]." Danach lässt sich Historische Soziologie als kunstvolle Kombination aus Theorie und überzeugenden historischen Studien definieren (Ebd.: 19).

sche Theoriebildung, verbunden mit entsprechenden Forschungsstrategien und -methoden verlangt.⁶

Danach sind soziale Phänomene nicht mehr nur für sich verstehbar, sondern auch aus ihrer spezifischen historischen Entwicklung heraus, womit die Historische Soziologie auf die Notwendigkeit der Historisierung der Gegenwart verweist. Zentral ist dabei das Verständnis, dass soziale Ereignisse immer zu einer *bestimmten* Zeit und an einem *bestimmten* Ort stattfinden und somit auch kausalanalytische Deutungsmöglichkeiten nur in diesem Kontext Geltung beanspruchen können. Indem somit Prozesse statt Resultate in den Mittelpunkt rücken, können auch voraussetzungsvolle Konzepte und Kategorien aufgebrochen und für einen anderen Rahmen nutzbar gemacht werden. Von Nachteil erscheint dabei, dass die Historische Soziologie zumeist auf die Makroebene gesellschaftlicher Entwicklung und deren Rahmenbedingungen fokussiert, also vor allem auf Institutionen und Strukturen, und es dabei vernachlässigt, die Vielzahl an Interaktionen zwischen den verschiedenen Handlungsebenen zu analysieren (vgl. ausführlich Börner 2012).⁷

Um aber das Wissen über historische Gegebenheiten für die Analyse der Gegenwart nutzbar zu machen, ist es unerlässlich, neben strukturellen Bedingungen auch die mikrosozialen historischen Konstellationen sichtbar zu machen, etwa indem wir fragen, wie ein bestimmter Gegenstand in unterschiedlichen historischen Kontexten problematisiert wird, wie dieses „Problem“ in den unterschiedlichen historischen Kontexten sprachlich benannt und wie es daraufhin in der Gesellschaft als soziale (Handlungs-)Kategorie angenommen und bearbeitet wird (vgl. Salais et al. 1986; Topalov 1994). Damit wird der „Problemzusammenhang historisch in seinem Verhältnis zu diesen Konstellationen situiert“ (Werner/Zimmermann 2002: 623) und zugleich aus dem konkreten Handlungszusammenhang heraus erklärbar. Genau über diese Betonung des Handlungszusammenhangs können Makro- und Mikroebene in der Analyse wieder miteinander verbunden werden, allerdings nur, wenn wir den Blick auf das historische Material öffnen und

6 Für einen Überblick über die Entwicklung der Neuen Historischen Soziologie im angloamerikanischen Raum vgl. Adams et al. (2005); zur Problematik der deutschen Historischen Soziologie grundlegend: Schützeichel (2009); vgl. auch Osterhammel (2006); Spohn (2005).

7 Die Konzentration auf die Makroebene gesellschaftlicher Entwicklung wird allerdings auch in der Historischen Soziologie nicht ganz ungebrochen beibehalten; so analysiert schon Theda Skocpol in ihrer Studie „Protecting Soldiers and Mothers“ (1992) den Einfluss von Institutionen auf die Interessen und Präferenzen bestimmter Akteure. Vor allem der historische Institutionalismus stellt schließlich eine entscheidende Weiterentwicklung dar, ist doch hier zentrales Forschungsinteresse, „to stress the way institutions shape the goals political actors pursue and the way they structure power relations among them“ (Thelen/Steinmo 1992: 2).

nicht lediglich vorgefertigte Annahmen in den historischen Quellen zu bestätigen suchen.

Entscheidend ist hierbei schließlich eine Neujustierung angelegter Untersuchungsmaßstäbe, sowohl in zeitlicher, aber auch in räumlicher Hinsicht. Die Betonung unterschiedlicher Handlungsebenen macht dabei deutlich, dass die räumliche Skala von einzelnen individuellen Akteuren, Familien, lokalen Gruppen bis hin zum Nationalstaat und seiner Nationalgesellschaft und schließlich auch über ihn hinaus reicht, die zeitliche Skala entsprechend vom punktuellen Ereignis bis hin zu langen Entwicklungszyklen.

Die Methode der *Socio-histoire*

Ein solches Verständnis der Bedeutung *situativen Handelns* für die Analyse gesellschaftlicher Prozesse geht maßgeblich auf die französische Forschungsströmung der *Socio-histoire* zurück. Ohne große Resonanz in der deutschen Forschungslandschaft hat sich in Frankreich bereits Ende der 1980er Jahre die *Socio-histoire du politique* (SHP) im Dialog zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie herausgebildet (Audren et al. 2003). Programmatisch ist hierbei die Rückbesinnung auf die Gründungsprinzipien beider Wissenschaften, wie sie im 19. Jahrhundert festgelegt wurden (vgl. Noiriél 2006). Ähnlich wie der Geschichtswissenschaft geht es der *Socio-histoire* um die Rekonstruktion der Genese von sozialen und kulturellen Phänomenen. Ähnlich wie die Soziologie arbeitet die *Socio-histoire* die Zusammenhänge von sozialen Beziehungen historischer Phänomene heraus, besonders von Beziehungen auf Distanz, die über unmittelbare Interaktionen hinausreichen. Ein Kernanliegen der SHP besteht somit darin, politische oder soziale Kategorien, die uns heute selbstverständlich scheinen, als Kristallisationspunkte aufzufassen, die sich historisch konstituiert haben, wie beispielsweise die Kategorien „Arbeitslosigkeit“ (Topalov 1994; Zimmermann 2006) oder „Familienpolitik“ (Lenoir 2003).⁸

Eine solche Untersuchung der Entstehungsgeschichte zentraler gesellschaftlicher Kategorien und Institutionen lässt dann historische Alternativen, Interessenkonflikte und Machtkonstellationen aufscheinen – und damit Alternativen zu Konstitutions- und Entwicklungsbedingungen von Gesellschaft überhaupt. Und indem die *Socio-histoire* die Bedeutung der Mikro-Ebene gesellschaftlicher Entwicklung betont, fokussiert sie zudem auch andere Akteure. Nicht mehr nur politische Akteure und deren Ideen und Interessen stehen dann im Zentrum der Analyse, sondern sowohl korporative

⁸ Weitere zentrale Arbeiten und Vertreter der *Socio-histoire* sind: Garrigou (2002); Kott (1995); Noiriél (2006); ders. (1988); Offerlé (1993).

als auch individuelle Akteure geraten in den Blick: „Das bedeutet, nicht länger systematisch die Interventionen des Staates zum Ausgangspunkt der Untersuchung zu nehmen, sondern mit einem viel pragmatischeren Impetus zu untersuchen, wie die Gegenstände und die Bühnen der öffentlichen Intervention sich wechselseitig konstituieren. Der Übergang von einer historischen Soziologie des Wohlfahrtsstaats zu einer Sozio-Geschichte des öffentlichen Handelns verweist so auf die doppelte Verschiebung: eine Verschiebung der Fragestellung und eine Verschiebung der Methode.“ (Zimmermann 2006: 14)

Bezogen auf unseren Gegenstand der Entstehung und Entwicklung von Sozialpolitik in unterschiedlichen Konstellationen heißt das zum einen, dass wir die bekannten Formen sozialpolitischer Interventionen von Staaten als Resultat eines mehrdimensionalen Prozesses in Raum und Zeit betrachten, ohne allerdings a priori die Relevanz des nationalen Rahmens vorauszusetzen. Vielmehr ist genau das eine der entscheidenden Fragen, die es zu klären gilt: Wieso war es ausgerechnet der nationale Rahmen, in dem sich der moderne Sozialstaat herausbilden konnte, wieso wurde er als Rahmen für die Stabilisierung der gesellschaftlichen Beziehungen dieser Zeit genutzt? Wie ging diese Festschreibung von Gesellschaft in nationales Territorium vonstatten? Und wie konnte dieses Prinzip der territorialen Festschreibung in den nationalen Rahmen schließlich eine Handlungskategorie wie „die Nation“ herausbilden, die Zugehörigkeiten markierte und damit die Ausübung von Solidarität innerhalb einer als national definierten Gemeinschaft institutionalisierte?

Erst wenn diese Fragen gestellt werden, öffnet sich auch der Fokus für weitergehende Fragen, etwa die nach den Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik.

Methodisch gerät so also die Konstitution von Sozialpolitik und damit das Handeln verschiedener Akteure in den Fokus der Analyse: Und zwar jenseits der gängigen Dichotomie von Struktur und Handlung, Mikro- und Makroebene (Knorr-Cetina 1981). Im Gegenteil: Der Blick hinter die Kategorien, direkt auf den Prozess der Konstituierung, verweist insbesondere auf Verschränkungen, Überschneidungen und Kontakte zwischen den Ebenen, zwischen Struktur und Handlung, Zeit und Raum (Giddens 1988).

Historisierung der EU-Integration – das Beispiel „Sozialpolitik“

Einem historisch informierten Ansatz soziologischer EU-Forschung geht es also bei einem Blick in die Vergangenheit nicht um die Eruiung von Möglichkeiten direkter kausaler Übertragungen auf den gegenwärtigen Gegenstand der europäischen Integration und der mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Vielmehr geht es um eine tatsächliche Historisierung gegenwärtiger Ereignisse in der Art, dass Entwicklungsdynami-

ken, die Herstellung von Handlungskategorien und damit verbundene Interessen und Kontingenzen in den Blick genommen werden und in einem kritischen Dialog mit der Vergangenheit nach Analogien der Kontexte und Bedingungen von Entwicklungsverläufen gefragt wird.

Konkret heißt das, die Wege nachzuzeichnen, wie unterschiedliche Akteure sich neue ‚Bühnen des Handelns‘ erschaffen, indem sie über die bestehenden Räume, seien es lokale, regionale oder nationale, hinausgehen und auf jeweils andere Ebenen verweisen. Dabei stellt sich die Frage, wie diese neuen Raumbezüge des Handelns zurückwirken auf den politischen Prozess insgesamt: Wie genau kommt es zur Herausbildung eines neuen Rahmens politischer Intervention? Warum bildet er sich in einigen Bereichen so aus und in anderen ganz anders? Was waren die Bedingungen, was der Kontext dieser ganz unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen? Und wie verändern sich im Zuge solcher Entwicklungen die Inhalte von Politik und welche Effekte auf Gesellschaftsentwicklungen lassen sich hieran ablesen? Ausgangspunkt der Analysen ist damit kein normatives, sondern ein „gradualistisches Gesellschaftsverständnis“, das den Zusammenhang von Nationalstaat und Gesellschaft als historisch kontingent begreift und den Gesellschaftsbegriff selbst zur Diskussion stellt und erweitert (Wobbe 2009).

Ebenso wie wir den Prozess der Nationalstaatsbildung als einen „komplexen Vorgang“ beschreiben können, „in dem sich existierende Interessen, Machtkonstellationen und Handlungsnormen mit sozialem und kulturellem Wandel verbanden und eine neue Logik produzierten, die ihrerseits auf politischer und gesellschaftlicher Ebene strukturbildend wirkte“ (Werner/Zimmermann 2002: 631), sollten wir auch die gesellschaftlichen Entwicklungen, die über den Nationalstaat hinaus weisen, als einen solchen komplexen und langwierigen Prozess verstehen, der Ergebnis konfliktiver Aushandlungen ist. Instruktiv ist dann insbesondere die Hinwendung zu den *critical junctures* dieser Entwicklung, zu den Krisen und deren Aushandlungen, die wiederum Handlungsdispositive hervortreten lassen, die sich nur vor dem Hintergrund der beiden Ebenen, der räumlichen und der zeitlichen, interpretieren lassen.

Vergemeinschaftung versus Vergesellschaftung: Bedingungen für die Entwicklung einer EU-Sozialpolitik

Das gilt insbesondere für unsere Ausgangsfrage nach den Entwicklungsperspektiven von Sozialpolitik in einem auch über den Nationalstaat hinausreichenden, territorialen Rahmen. Zentral stellt sich die Frage, was wir mittels einer solchen historisch informierten soziologischen Perspektive über die Zukunft des europäischen Sozialraums erfahren können. Wie genau muss das vorhandene historische Wissen erneuert und entlang der aktuell zu be-

obachtenden Prozesse fortentwickelt werden, um es für die Analyse der aktuellen Problemstellungen fruchtbar zu machen?

Entscheidend ist zunächst, die Festschreibung gesellschaftlicher Kategorien in einen bestimmten territorialen Rahmen als Ergebnis eines *Prozesses* zu interpretieren, auf den neben den strukturellen Bedingungen ebenso bestimmte politische und auch individuelle Akteure als auch geschaffene Institutionen Einfluss haben.

Um also die Frage nach der Entwicklung eines europäischen Sozialraums zu untersuchen, muss neben den strukturellen Bedingungen, vor allem das Handeln der relevanten Akteure im jeweils situativen Kontext in den Blick genommen werden. Damit löst sich das Untersuchungsdesign von herkömmlichen Paradigmen, indem nun nicht mehr Staaten und deren Institutionen im Mittelpunkt des Interesses stehen⁹, sondern Akteure und deren Interessen im Kontext der jeweils spezifischen Handlungsrahmen. Hierdurch können schließlich die Beziehungen zwischen Struktur und Handlung untersucht und ganz konkret nach den *Konstitutionsbedingungen* öffentlicher Intervention gefragt werden.

Damit können in einer Perspektive des „langen Zeitraums“ (19. bis 21. Jahrhundert) die Bedingungen, Praktiken, Grenzen und Interaktionen der Herausbildung einer ins Territorium eingeschriebenen Solidargemeinschaft untersucht und zudem die Frage nach dem *Entstehungszusammenhang* eines solchen Bedarfs an sozialpolitischer Intervention bearbeitet werden.

Dabei zeigt sich, dass das Verhältnis von Gesellschaft und Sozialpolitik immer ein duales ist, denn wir können beobachten, dass Sozialpolitik gezielt als Instrument zur Schaffung von Gemeinschaft eingesetzt wird und hier aktiv zur Gemeinschaftsbildung beiträgt (vgl. Senghaas in diesem Band), zugleich aber diese geschaffenen identitären Strukturen in einer Gemeinschaft auch auf die spezifische Gestalt von Sozialpolitik zurückwirken (vgl. Béland/Lecours und Börner in diesem Band).

Nicht also die Frage nach bereits vorhandenen Ansätzen zur europäischen Gemeinschaftsbildung innerhalb der europäischen Gesellschaft(en) ist entscheidend, vielmehr müssen wir auch danach fragen, wie die bereits bestehenden institutionellen Strukturen der EU, insbesondere die mit ihnen verbundenen Entgrenzungen individueller Handlungsräume durch die Schaffung und Durchsetzung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes, auf die Wahrnehmung der Menschen zurückwirkt und wie eine solche gewandelte Wahrnehmung wiederum die Realität der EU und damit die

9 Dies ist vor allem der komparatistischen Wohlfahrtsstaatsforschung gemein, die ausgehend vom Nationalstaat makro-historische Analysen staatlicher Institutionen anstellt und dabei die Interventionen des Staates als Ausgangspunkt ihrer Analysen nimmt (vgl. zum Beispiel Schmidt 1998; Goodin et al. 1999; Korpi 1978).

Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung einer EU-Sozialpolitik selbst verändert.

Ziel des Bandes ist es somit, die analytische Perspektive der Europafor- schung soziologisch-historisch zu erweitern. Historisierung heißt dabei nicht nur, dass Prozesse des *nation-building* kritisch auf ihre Verwertbarkeit geprüft werden, sondern auch, dass die europäische Integration selbst histo- risch gewendet wird und so die spezifischen Dynamiken ihrer Entwicklung herausgestellt werden.

Aufbau und Anliegen des Sammelbandes

Entlang dieser Überlegungen gliedern sich die Beiträge im vorliegenden Band. Der erste Teil widmet sich der Frage nach den methodischen und theoretischen Spezifika historisch informierter, sozialwissenschaftlicher Analyse. Konkret geht es dabei einerseits um die grundsätzliche Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen des diachronen Vergleichs und um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen kausale Ableitungen aus der Vergangenheit für die Analyse der Gegenwart nutzbar gemacht werden können. *Georg Vobruba* fordert hier ein historisch-rekonstruktives For- schungsprogramm, das beim Handeln Einzelner ansetzt und ausgehend von deren Interessen und Deutungsmustern die Möglichkeiten des diachronen Vergleichs sichtbar werden lässt. Dass ein solches Vorgehen insbesondere für die Bearbeitung der Frage nach einem Zusammenhang zwischen Sozi- alpolitikentstehung und der Konstruktion nationaler Gemeinschaft instruk- tiv ist, zeigt die lange Tradition historisch vergleichender Studien vor allem in der Sozialpolitikforschung (*Christina May*). Gerade indem die Histori- sche Soziologie stets auch alternative Entwicklungspfade zu den schließlich etablierten Strukturen in den Blick rückt, hilft sie, institutionellen Wandel und auch Pfadabhängigkeiten aus dem Zusammenspiel von individuellem Handeln und institutionellen Strukturen zu begreifen und so schließlich auch den Blick auf das Nationale zu denaturalisieren.

Genau dieser Blick über die dominante Perspektive des Nationalstaats hinaus, indem auch andere Handlungsebenen betont werden, leitet die im zweiten Teil versammelten Beiträge, die sich mit der Frage nach dem Zu- sammenhang von Sozialpolitikentwicklung und der Konstruktion (nationa- ler) Gemeinschaften auseinandersetzen. Um das Zusammentreffen von Nationalem und Sozialem in der Geschichte der Herausbildung des nationalen Wohlfahrtsstaats analysieren zu können, ohne dabei von einem zwingenden Kausalzusammenhang auszugehen, muss der Blick auf die alternativen Entwicklungspfade gerichtet werden. Denn neben der Nation waren es zu- nächst andere, Handlungsräume konstituierende und Allgemeinheit stiften- de gesellschaftliche Zusammenhänge, die den institutionellen Rahmen sozi- aler Sicherung bildeten.

So fokussiert *Stefanie Börner* auf die Hilfskassen des 19. Jahrhunderts und fragt nach deren spezifischen kollektiven Voraussetzungen. Welche Rolle spielten interne Homogenität, eine gemeinsame Identität und vor allem Solidarität zwischen den Mitgliedern für die Etablierung von Sozialpolitik und wie wurden diese gemeinschaftstiftenden Kategorien von den beteiligten Akteuren konstruiert? Einen ähnlichen Ausgangspunkt wählt *Marc Breuer*. Am Beispiel des mileuförmigen Katholizismus zeigt er, dass der Übergang von segmentärer zu funktionaler Differenzierung nur möglich war, weil sich neue gesellschaftliche Teilsegmente herausbildeten, und dass es diese klar abgegrenzten segmentären Zugehörigkeitsmuster waren, die die Entstehung von Institutionen sozialer Sicherung ermöglichten. Beide Beiträge verdeutlichen, dass die ersten, nicht-nationalen sozialen Sicherungsformen auf räumlicher oder auf Interessenhomogenität beruhende soziale Einheiten mit begrenztem Mitgliederkreis waren.

Der Frage, warum sich dennoch der Nationalstaat als territorialer Rahmen sozialer Sicherung durchgesetzt hat, nähert sich der Beitrag von *Monika Senghaas*. Am Beispiel der Einführung der Rentenversicherung in Frankreich und der Unfall- und Krankenversicherung im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie rekonstruiert sie den politischen Diskurs, der um den Konnex von Sozialpolitik und Nationalstaat kreiste, und zeigt, dass die Herausbildung der Nation als „größtem bekannten Sozialverband, der Umverteilungsoffer bisher zumutbar machen konnte“ (vgl. Sachße 1980; Offe 2003: 270), das Ergebnis eines kontroversen und konfliktiven Prozesses war, der in spezifischen historischen Umständen begründet und keineswegs alternativlos war. Unterstützung erfährt dieses Ergebnis schließlich durch die Studie von *Daniel Béland und André Lecours*, die am Beispiel der Sozialpolitikentwicklung in der Region Québec/Kanada das Zusammenspiel von Sozialpolitik und Gemeinschaftsbildung nachzeichnen. Infolge partikularistischer Bestrebungen haben sich hier in den vergangenen 20 Jahren institutionelle Asymmetrien zwischen dem kanadischen Wohlfahrtsstaat und der Sozialpolitik in Québec herausgebildet, die einerseits auf die Identitätsbildung innerhalb der Provinz wirken, wobei andererseits die Sozialpolitik selbst von den Nationalismen und seinen Selbstbeschreibungen, Zielen etc. geprägt wird.

Der dritte Teil des Bandes widmet sich schließlich der Frage nach dem Zusammenspiel von Sozialpolitik und europäischer Vergesellschaftung. Einleitend beschreibt *Antonin Cohen* anhand einer Analyse der Ereignisse, die zur Verabschiedung des sogenannten Schuman-Plans im Mai 1950 führten, wie dieses singuläre Ereignis in seinen spezifischen Kontextbedingungen im Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure und deren Interessen eine Transformation der *longue durée*, eine Transformation der Machtbeziehungen zwischen Eliten, inmitten des Staates und über den Staat hinaus, in nationalen und transnationalen Räumen anstieß.

Nancy Scharpff greift diesen Ansatz der *Socio-histoire* auf, wenn sie vor

dem Hintergrund sich wandelnder Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene die Interessen der Gewerkschaften an der Herausbildung einer europäischen Sozialpolitik analysiert. Sie zeigt, wie die europäische Ebene als zunehmend bedeutende Handlungsebene von den Gewerkschaften entdeckt und mit sozialpolitischen Inhalten gefüllt wird, durchaus als unintendierter Effekt mit erheblicher Eigendynamik. Die damit verbundene Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich die Europäische Union als postnationale Alternative wohlfahrtsstaatlicher Politik entwickelt, untersucht auch der Beitrag von *Monika Eigmüller*. Zentral ist dabei die Frage, inwieweit sich die Europäische Union bereits zum Anspruchsgegner individueller sozialer Anspruchsrechte entwickelt hat, ob also ein Bedarf an europäischer Sozialpolitik besteht, wie dieser Bedarf artikuliert wird und wie er die Herausbildung eines „Sozialraums Europa“ beeinflusst. Der Beitrag verweist ebenfalls in Richtung unintendierter Effekte, die in einer doppelten Entgrenzung nationaler Wohlfahrtsstaaten und in einer allmählichen Herausbildung eines europäischen Sozialraums münden. Ebenfalls von individuellen Akteuren und deren Interesse an einer europäischen Sozialpolitik geht schließlich der Beitrag von *Felix Wilke* aus, der nach der normativen Kraft europäischer Identität in Hinblick auf die zukünftige Integration im Bereich der Sozialpolitik, also nach einer die ökonomischen Interessen transzendierenden europäischen Identität fragt. Wenngleich deutlich wird, dass Europa ohne die gängigen Kriterien von Gemeinschaft auskommen muss, zeigt sich zugleich, dass Europa andere Mechanismen hervorgebracht hat, die die Basis für sozialpolitische Interventionen bilden.

Den Abschluss bildet der Beitrag von *Ulrich Bielefeld*, der den spezifischen Prozess europäischer Vergesellschaftung zum Thema macht. Gemeinschaft, Einheit, Teilnahme und Teilhabe sind ebenso wie Volk und Nation Projekte der Moderne, deren Übertragung auf die Gegenwart der europäischen Integration fraglos scheitern muss. „Europa ist Gesellschaft im eigentlichen Sinn – oder es ist nicht.“ Ein solches Verständnis von Europa ist insbesondere angesichts der gegenwärtigen Krise in Europa von Belang, muss sie doch als eine Krise dieser europäischen Gesellschaft begriffen werden, die bestehende Verträge und gegründete Institutionen in Frage stellt.

So wird einmal mehr deutlich, was soziologische Europaforschung leisten kann: Indem nämlich der Blick auf den Prozess europäischer Vergesellschaftung gerichtet wird, können schließlich nicht nur Fragen der gesellschaftlichen *Wirkung* des politischen Integrationsprozesses bearbeitet werden, sondern, indem neben den multiplen strukturellen Bedingungen auch die unterschiedlichen Akteure in den unterschiedlichen Arenen ins Zentrum des Interesses geraten, kann ebenso die Frage nach den *Ursachen* europäischer Integrationsentwicklung aus einem neuen Blickwinkel heraus gestellt werden. Damit wird es möglich, den Prozess europäischer Integration, wie er sich heute darstellt, nicht nur im Nachhinein zu beschreiben, sondern auch in seinen aktuellen Entwicklungen zu erklären.

Der Band ist Ergebnis der ersten Arbeitsphase der von der Volkswagenstiftung geförderten Arbeit der Nachwuchsforschergruppe „Sozialraum Europa“. Ich danke insbesondere den Mitgliedern der Forschungsgruppe, Dorothea Böhr, Stefanie Börner, Nancy Scharpff und Monika Senghaas, für die vielen fruchtbaren Diskussionen, in denen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven immer wieder die Frage nach den Entwicklungsbedingungen von Sozialpolitik beleuchtet wurde. Besonders möchte ich Petra Overath für das Eröffnen ganz neuer historischer Perspektiven danken, vor allem für den sehr instruktiven Blick auf die *Socio-histoire*. Schließlich danke ich insbesondere Stefanie Börner für ihr großes Engagement beim Endlektorat des Bandes.

Literatur

- Adams, Julia/Clemens, Elisabeth/Orloff, Ann Shola (Hrsg.) (2005): *Remaking Modernity: Politics, History, and Sociology*. Durham: Duke University Press.
- Audren, Frédéric/Kott, Sandrine/Lilti, Antoine/Offenstadt, Nicolas/Van Damme, Stéphane (2003): *Temps, Histoire et Historicité: Un Point de Vue Historien*, in: Laborier, Pascale/Danny Trom (Hrsg.): *Historicités de l'Action Publique*. Paris: PUF, 514–525.
- Bach, Maurizio (2006): *Entgrenzung und soziale Integration im neuen Europa. Über das Verschwinden von ‚Gesellschaft‘ im europäischen Integrationsprozess*, in: Hettlage, Robert/Hans-Peter Müller (Hrsg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK: 175–194.
- Ders. (2008): *Europa ohne Gesellschaft, Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia/Winter, Martin (Hrsg.) (2008): *Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie*. Frankfurt/M.: Campus.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (1991): *Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Börner, Stefanie (2012): *From Nationalisation to Europeanisation of Social Security? Belonging, Solidarity and Expansion in the Realm of Social Policy*. Dissertation eingereicht an der Universität Bremen.
- Eder, Klaus (2006): *Transnationale Kommunikationsräume und die Entstehung einer europäischen Gesellschaft*, in: Hettlage, Robert/Hans-Peter Müller (Hrsg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz: UVK, 155–173.
- Eigmüller, Monika (2010): *Vom Nationalstaat lernen? Möglichkeiten und Grenzen von Analogiebildungen zwischen nationaler und europäischer Sozialpolitikentwicklung*, in: Eigmüller, Monika/Steffen Mau (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 353–378.
- Dies./Steffen Mau (2010) *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Eine Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik, Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9–29.
- Fligstein, Neil (2008): *Euroclash. The EU, European Identity and the Future of Europe*. Oxford: Oxford University Press.

- Garrigou, Alain (2002): *Histoire Sociale du Suffrage Universel en France: 1848-2000*. Paris: Editions du Seuil.
- Gerhards, Jürgen (2002) Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer. Öffentlichkeitstheorien, in: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Campus, 135–158.
- Giddens, Anthony (1988): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt/M./New York: Campus.
- Goodin, Robert E./Headley, Bruce/Muffels, Ruud/Dirven, Henk-Jan (1999): *The Real Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hitzer, Bettina/Thomas Welskopp (Hrsg.) (2010): *Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen*. Bielefeld: transcript.
- Hooghe, Lisbet/Marks, Gary (2004): *European Integration and Democratic Competition*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Europäische Politik.
- Kaelble, Hartmut (2007): *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Kaina, Viktoria (2009) *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knorr-Cetina, Karin (1981): *The Micro-Sociological Challenge of Macro-Sociology: Towards a Reconstruction of Social Theory and Methodology*, in: Knorr-Cetina, Karin/Cicourel, Aaron V. (Hg): *Advances in Social Theory and Methodology: Toward an Integration of Micro- and Macro-Sociologies*. London: Routledge & Kegan Paul, 1–48.
- Kocka, Jürgen (1999): *Historische Sozialwissenschaft: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?*, Oldenburger Universitätsreden 107, Oldenburg: BIS.
- Korpi, Walter (1978): *The Working Class in Welfare Capitalism: Work, Unions, and Politics in Sweden*. London, Boston: Routledge & Kegan Paul.
- Kott, Sandrine (1995): *L'État Social Allemand: Représentations et Pratiques*. Paris: Berlin.
- Lénoir, Remi (2003): *Généalogie de la Morale Familiale*. Paris: Editions du Seuil.
- Mann, Michael: (1986): *The Sources of Social Power: A History of Power from the Beginning to AD 1760*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ders. (1993): *The Sources of Social Power: The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Noiriel, Gérard (1988): *Le Creuset Français, Histoire de l'Immigration, 19e-20e Siècles*. Paris: Editions du Seuil.
- Ders. (2006): *Introduction à la socio-histoire*. Paris: Découverte.
- Obinger, Herbert/Leibfried, Stephan/Castles, Francis G. (2005): *Beipässe für ein 'Soziales Europa': Lehren aus der Geschichte des westlichen Föderalismus*, *Der Staat* 44, 4, 505–542.
- Claus Offe (2001): *Gibt es eine europäische Gesellschaft? Kann es sie geben?*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2001, 423–435.
- Ders. (2003): *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*. Frankfurt/M./New York.
- Offerlé, Michel (1993): *L'Électeur et ses papiers*, *Genèses* 13, 29–53.
- Osterhammel, Jürgen (2006): *Gesellschaftsgeschichte und Historische Soziologie*, in: Osterhammel, Jürgen/Langewiesche, Dieter/Nolte, Paul (Hrsg.): *Wege der Gesellschaftsgeschichte*. Göttingen: Vadenhoeck & Ruprecht, 81–102.
- Roose, Jochen (2010): *Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Studie zu den Bedingungen sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Sachße Christoph/Tennstedt, Florian (1980): Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart u.a.: Kohlhammer Verlag.
- Salais, Robert/Baverez, Nicolas/Reynaud, Bénédicte (1986): L'invention du chômage. Histoire et transformation d'une catégorie en France des années 1890 aux années 1980. Paris: Presses Universitaires de France.
- Schmidt, Manfred G. (1998): Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. 2., vollständig überarbeit. und erweiterte Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Schützeichel, Rainer (2004): Historische Soziologie. Bielefeld: transcript.
- Skocpol, Theda (1979): States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia and China. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dies. (1984): Vision and Method in Historical Sociology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spohn, Willfried (2005): Neue Historische Soziologie: Charles Tilly, Theda Skocpol, Michael Mann, in: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie. Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne. München: Beck, 196–230.
- Thelen, Kathleen/Steinmo, Sven (1992): Historical Institutionalism in Comparative Politics, in: Steinmo, Sven/Thelen, Kathleen/Longstreth, Frank (Hrsg.): Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis. New York: Cambridge University Press, 1–31.
- Tilly, Louise/Tilly, Charles (1981): Class Conflict and Collective Action. Beverly Hills: Sage.
- Tilly, Charles (1984): Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons. New York: Russel Sage Foundation.
- Topalov, Christian (1994): La naissance du chômeur, 1880–1910. Paris: Albin Michel.
- Vobruba, Georg (2008): Die Entwicklung der Europasozioologie aus der Differenz national/europäisch, Berliner Journal für Soziologie 18, 1, 32–51.
- Wehler, Hans-Ulrich (1973): Geschichte als historische Sozialwissenschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte (2002): Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, Geschichte und Gesellschaft 28, 4, 607–636.
- Wobbe, Theresa (2009): Vom nation-building zum market-building. Der Wandel von Vergesellschaftungsformen im europäischen Integrationsprozess, Mittelweg 36 18, 3, 3–16.
- Zimmermann, Bénédicte (2006): Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie. Frankfurt/M./New York: Campus.

Teil I

**Der Dialog zwischen Vergangenheit
und Gegenwart: Historisch-soziologische
Studien in der Sozialforschung**

Analogien zwischen staatlicher und europäischer Sozialpolitik

1. Die Frage nach Analogien

Die Frage ist: Lässt sich aus dem Entstehungszusammenhang staatlicher Sozialpolitik etwas lernen, um die Möglichkeit der Entwicklung von Sozialpolitik auf EU-Ebene besser einschätzen zu können? Diese Frage zu stellen setzt voraus, dass sich zwischen der Entstehung staatlicher Sozialpolitik und EU-Sozialpolitik irgendwelche Übereinstimmungen finden lassen. Diese Formulierung impliziert zweierlei: zum einen, dass solche Übereinstimmungen nicht schlicht gegeben sind, sondern dass es sich dabei um Entwicklungsfaktoren handelt, deren Relevanz sich aus einer Theorie ergibt; und zum anderen, dass die Relevanz dieser Faktoren gerade darin besteht, als Ursachen der Entwicklung von Sozialpolitik in Frage zu kommen.

Die Frage, ob sich aus der Entstehung staatlicher Sozialpolitik etwas für die Entwicklung von EU-Sozialpolitik lernen lässt, ist also erst einmal die Frage nach einer angemessenen Theorie. Sie muss ausreichend spezifisch sein, um analoge Mechanismen der Entwicklung von Sozialpolitik identifizierbar zu machen, und ausreichend offen, um empirische Ergebnisse der Analogiebildung nicht analytisch zu präjudizieren.

Die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen von Analogiebildung – also auch zwischen der Entwicklung moderner Nationalstaaten und der Europäischen Union – ist im Kern die Frage nach der Vergleichbarkeit unterschiedlicher Phänomene. Um eine gewisse Sicherheit zu gewinnen, empfiehlt es sich darum, sich der Grundlagen der Methodologie des Vergleichs zu vergewissern (Lijphard 1975; Sartori 1991; Nissen 1998; Nissen 2002: 19ff.). Vergleiche lassen sich dann sinnvoll anstellen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Erstens müssen die zu vergleichenden Phänomene etwas gemeinsam haben. Dieses Gemeinsame muss von den Akteuren, die den Vergleich anstellen, beobachtbar und konsensuell kommunizierbar sein. Dies ist das *tertium comparationis*. Und zweitens müssen sich Unterschiede zwischen den zu vergleichenden Phänomenen feststellen lassen. Diese Anforderung wird freilich erst relevant, wenn man eine Theorie der Entstehung von Sozialpolitik so allgemein fassen will, dass sie sowohl deren staatliche als auch deren europäische Entwicklung erfassen kann. Für das Konzeptuali-

sieren beider Elemente eines methodisch kontrollierten Vergleichs benötigt man theoretisch fundierte Vermutungen. Sie müssen in der Lage sein, bestimmte Aspekte der zu vergleichenden Phänomene als gleich auszuweisen und andere als unterschiedlich; und sie müssen den festgestellten Unterschieden Relevanz verleihen.

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen von Analogiebildungen ist die Frage nach dem *tertium comparationis*. Unter welchen Bedingungen lässt sich etwas als soziales Phänomen beobachten (Balog 2006) und wie eruiert man das Gemeinsame mehrerer sozialer Phänomene, das Analogien ermöglicht? Spätestens hier sieht man, dass sich dies nicht einfach aus der Beobachtung ergibt, sondern dass es sich um ein Theorieproblem handelt: Bis zu welcher Abstraktionshöhe muss man gehen, um an unterschiedlichen historischen Phänomenen Gleichheiten zu finden? Und damit stellt sich sogleich die forschungsstrategische Anschlussfrage: Kann man auf der erforderlichen Abstraktionshöhe noch Inhalte ausmachen, an die sich substantielle Fragestellungen anknüpfen lassen? Man kann ja Abstraktionen so weit treiben, dass alles miteinander vergleichbar wird, sich über die Vergleichsobjekte aber nichts mehr sagen lässt.

2. Wie also vorgehen?

Analysen von historischen Entwicklungen haben immer mit dem N=1-Problem zu kämpfen. Das Problem ist klar: Wie kann man ein singuläres historisches Phänomen theoretisch erklären, wenn man die Theorie an eben diesem einen Phänomen entwickelt? Mit dieser Formulierung des Problems wird deutlich, was Analogiebildung leistet. Sie erzeugt via Abstraktion gleichartige Phänomene und erweitert so gleichsam künstlich die Erfahrungsbasis der Theoriebildung. Es geht nicht mehr um das singuläre historische Ereignis, sondern um Gemeinsamkeiten, welche es als soziales Phänomen mit anderen teilt.

Die sozialwissenschaftliche EU-Integrationsdiskussion hat sich seit ihren Anfängen auf Analogiebildungen gestützt. Man sieht das ganz deutlich an Fragen wie: „Staatswerdung Europas?“ (Wildenmann 1991), „Föderalismus in Deutschland und Europa“ (Scharpf 1994) oder auch in der Auffassung, die EU sei ein „Herrschaftsverband eigener Art“ (Lepsius 2006; Bach 2008), irgendetwas zwischen Staatenbund und Bundesstaat. All diese Formeln dokumentieren Suchbewegungen nach dem *tertium comparationis*. Man sieht an diesen Beispielen deutlich, dass Analogiebildungen als Suche nach Sicherheit einsetzen, als Suche nach einer stabilen Grundlage für weitere Untersuchungsschritte. Aber man sieht an diesen Beispielen auch, dass diese Analogien eher intuitiv gebildet wurden. Die Faktoren, die in die Analogien eingebaut wurden, sprachen offensichtlich für sich selbst. Ihre Relevanz schien sich von selbst zu ergeben.

Das Problem der Konstruktion von Analogien lässt sich nicht umgehen, aber ich empfehle, es anders anzupacken. Das Konstruktionsproblem von Analogien läuft auf die Konstruktion einer Vergleichskonstellation hinaus. Und da die Konstruktion von Vergleichskonstellationen eine Basisoperation soziologischer Forschung ist, muss ich hier kurz zwei *basics* moderner soziologischer Theoriebildung erwähnen. Erstens: Soziologische Erklärungen müssen über das Handeln realer Akteure geführt werden. Zweitens: Ursachen sozialer Sachverhalte liegen zeitlich vor ihren Wirkungen. Diese beiden harmlos klingenden Sätze beruhen auf Jahrhunderte langen Versuchen der Überwindung traditional-metaphysischen Denkens, dem sich durchsetzenden Bewusstsein der „Rückverwiesenheit des Menschen auf sich selbst“ und dem linearen Zeitverständnis im Weltbild der Moderne. Ignorieren lässt sich dies nur um den Preis der Preisgabe des Anspruchs, Kausalitäten zu eruieren (Luhmann 1962).

Daraus ergeben sich zwei Anforderungen. Zum einen ist die empirische, methodisch kontrollierte Fokussierung auf Handeln und seine Bedingungen erforderlich: Nach dem Ende des Denkens in absolut gesetzten Entwicklungsprinzipien und -kräften (Gott, Natur, Weltgeist, Klassenkampf), bleibt nur der Rekurs auf real handelnde Akteure, ihre Interessen, Beobachtungen und Interpretationen der Realität. Und zum anderen muss jede Erklärung im Kern historisch-rekonstruktiv im weitesten Sinn vorgehen: Sie muss nach Phänomenen als Ursachen fragen, die zeitlich vor den Wirkungen liegen. Das ist die Anforderung an modernes soziologisches Theoriedenken, die einzusehen sich selbstverständlich selbst aus modernem (wissens-)soziologischem Denken ergibt. Es handelt sich dabei übrigens keineswegs um eine *petitio principii*, sondern um die unaufhebbare Reflexivität der Soziologie (Vobruba 2009). Sie erklärt unter Einsatz ihrer Erkenntnisbedingungen die Bedingungen ihrer Erkenntnis (Dux 2000).

3. Geschichte und Soziologie

Es sollte unmittelbar einleuchten, dass genau dies die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit von Geschichte und Soziologie sind. Ich will diese Skizze nicht mit weiter gehenden metatheoretischen und wissenschaftshistorischen Überlegungen belasten und nur anmerken: Speziell in Deutschland modernisierte sich die Geschichtswissenschaft sehr spät. „Die bis 1960 vorherrschenden Paradigmata der deutschen (seit 1945/49 der westdeutschen) Geschichtswissenschaft stammten aus dem 19. Jahrhundert, in ihren Ursprüngen gingen manche Elemente sogar auf die barocke Hofhistoriographie zurück.“ (Wehler 1979: 710, 711) International setzte sich in der Geschichtswissenschaft und in der Soziologie die Fokussierung auf die Leute als Handelnde etwa parallel durch. Zuerst vielleicht in der französischen Annales-Schule (Middell/Sammler 1994), später dann rund um E.P.

Thompson, in der Sozialgeschichte (Wehler) und den Ansätzen zur Alltagsgeschichte (zum Beispiel Huck 1980)

Die Sozialwissenschaften haben die Ergebnisse dieser Forschungen in den 70er Jahren (Braun et al. 1973; Wehler 1976) des 20. Jahrhunderts viel intensiver zur Kenntnis genommen als heute. Und insbesondere in der lebhaften Debatte um die Entstehung staatlicher Sozialpolitik – die ja damals mit deutlichem Bezug auf zeitgenössische Entwicklungen und Probleme geführt wurde – wurde stark auf die Geschichtswissenschaft zurückgegriffen (Baron 1979; Alber 1982; de Swaan 1993). Es ist nicht zu verkennen, dass der damals starke Einfluss der Marx'schen Theorie die wechselseitige Rezeption von Geschichte und Soziologie deutlich erleichterte. Wenn sich die Soziologie aber an ihre methodischen Maximen für soziologisches Erklären – Rekurs auf Handeln und Linearität der Zeit – hält, kommt sie ohne Rekurse auf Geschichtswissenschaft nicht aus – mit oder ohne Marx. Ich rufe einige Gesichtspunkte in Erinnerung, die damals als wichtig angesehen wurden.

4. Die Entwicklung von Fragestellungen aus der Analogie

Erstens: Grundlegende Voraussetzung für die Entstehung moderner staatlicher Sozialpolitik war die Freisetzung von normativ entgrenzter Interessenverfolgung, einerseits bei den Kapitaleignern, andererseits – im Sinne „nachholender Lernprozesse“ (Vobruba 1983: 49) – in der sich entwickelnden Arbeiterschaft. Damit einher ging der Umbau von vertikalem zu horizontalem „Wir-Bewusstsein“ (Uhen 1964), also von Handwerker- zu Klassenidentitäten.

Zweitens: Sozialpolitische Vorläuferinstitutionen wie freie Hilfskassen und diverse Unterstützungsvereine auf Gegenseitigkeit (de Swaan 1993: 161f.) wirkten als Erfahrungshintergrund insbesondere für die politische Institutionalisierung der Sozialversicherungen. Sie waren einerseits für die Ausbildung von Interessen pro und contra staatliche Sozialpolitik relevant und andererseits für die Entwicklung eines Wissensvorrats bezüglich der Organisation sozialer Sicherheit (Tennstedt 1981).

Drittens: Eine weitere Voraussetzung für die Durchsetzung staatlicher Sozialpolitik war dann die Organisation der Interessen in Verbänden und politischen Organisationen. Erst dadurch konnte Sozialpolitik zu einer politisch folgenreichen Forderung werden. Hinzu kommt die politische Elitenkonkurrenz im sich entwickelnden parlamentarischen System als Antrieb für Sozialpolitik, und zwar sowohl zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen als auch zwischen den politischen Parteien (vgl. Baron 1979).

Viertens: Die Forderungen nach staatlicher Sozialpolitik wären historisch jedoch kaum erfolgreich gewesen, wären sie nur von den unmittelbar potentiell Begünstigten vertreten worden. Die Dynamik der Entwicklung des Sozialstaats speiste sich schon immer auch aus dem Umstand, dass die Interessen an sozialer Sicherheit über den Kreis dieser unmittelbar Begünstigten hinausgehen. Weitere Interessengruppen werden über das Ansteckungsargument einbezogen – real und metaphorisch. Im Lichte dieses Arguments erscheint soziale Sicherheit im allgemeinen, öffentlichen Interesse (Webb/ Webb 1912). So wird eigennützige Hilfe zum sozialpolitischen Entwicklungsfaktor. Historische Beispiele dafür sind: Das Interesse des Militärs am Verbot der Kinderarbeit, um die Wehrtüchtigkeit nicht schon in der Jugend zu zerstören (Gladen 1974). Das Interesse wohlhabender Gesunder an der Absicherung armer Kranker, vor allem in den rasch wachsenden Großstädten; das Interesse der Beschäftigten an der Absicherung der Arbeitslosen, um den Lohndruck der „industriellen Reservearmee“ zu mindern; schließlich das Interesse der technologisch fortgeschrittensten Industriezweige (Elektroindustrie) an Arbeitszeitverkürzung zwecks Produktivitätssteigerung (Deutschmann 1982).

Fünftens: Unmittelbarer Anlass für die Entstehung sozialpolitisch relevanten Anspruchsverhaltens war schließlich der rasche Umschwung der ökonomischen Rahmenbedingungen, vom langen Aufschwung in Deutschland seit 1850 in die „große Depression“ (Rosenberg 1976) in der Krisenperiode 1873 bis 1896. Dies traf auf zunehmende Resonanzfähigkeit des Staates für (organisierte) Interessenanmeldung durch die schrittweise Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und die sich dadurch entwickelnde Elitenkonkurrenz um die Arbeiterschaft.

Insgesamt zeigten die historisch informierten soziologischen Analysen der Entstehung staatlicher Sozialpolitik die überlegene Leistungsfähigkeit eines institutionalistischen und konflikttheoretischen Ansatzes. Will man Fragestellungen zur Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik aus der Analogie zur staatlichen Sozialpolitik entwickeln, so stellt sich die Frage, welche Elemente man aus ihrer theoriegeleiteten Rekonstruktion für die Untersuchung der Entwicklung einer EU-Sozialpolitik brauchen kann. Das Problem lässt sich so beschreiben: Wenn man bei Institutionen ansetzt und Konflikte um die Entwicklung und Gestaltung von sozialer Sicherheit daran anschließt – wie abstrakt muss man mindestens werden, um eben zu jenem tertium comparationis zu kommen?

Die Diskussion um Möglichkeiten und Perspektiven einer EU-Sozialpolitik wird bisher von hoffnungsvollen Beschreibungen dominiert. Eine Theorie, welche die Ursachen und Kontextbedingungen von EU-Sozialpolitik sichtbar machen könnte, steht noch aus. Diese Leerstelle lässt sich hier nicht füllen. Ich kann nur versuchen, aus der vorangegangenen Skizze

der Entstehungsfaktoren der staatlichen Sozialpolitik vier Gruppen von Fragen bezüglich der Entstehung von EU-Sozialpolitik zu entwickeln:

- Welche Akteure haben ein unmittelbares Interesse an der Entwicklung von EU-Sozialpolitik? Dazu gibt es bisher nur Analysen diverser Befragungen der (potentiellen) Adressaten von Sozialpolitik (Mau 2003; Wilke 2011), aber keine Untersuchungen zur Organisation und Durchsetzungsfähigkeit ihrer Interessen. Es spricht allerdings einiges für die Vermutung (Vobruba 1995), dass sozialpolitisch relevante Interessen auf der EU-Ebene nur schwach organisationsfähig sind.
- In welcher Weise wirkt der Bestand an Institutionen staatlicher Sozialpolitik samt ihren aktuellen Problemen auf die Chancen der Ausbildung von EU-Sozialpolitik? Prägt der Status quo sozialpolitischer Institutionen die Erwartungen und Interessen an Sozialpolitik so, dass ein Abweichen vom Pfad staatlicher Sozialpolitikentwicklung hoch unwahrscheinlich ist? Oder führen Funktionsprobleme staatlicher Sozialpolitik dazu, dass sich Interessen an sozialer Sicherheit in politisch folgenreicher Weise auf die europäische Ebene orientieren?
- Welche Interessen an einer EU-Sozialpolitik gibt es jenseits der unmittelbar Begünstigten? In welcher Weise wirken dominante (ökonomische) Integrationsinteressen auf die Entwicklung von EU-Sozialpolitik? Und welche institutionellen Konstellationen auf EU-Ebene gibt es, die – etwa im Sinne von „defizitärer Institutionalisierung“ (Preunkert/Vobruba 2012; Vobruba 2012) – die Entwicklung einer EU-Sozialpolitik als wahrscheinlich erscheinen lassen?
- Welche Transferdynamik entsteht in der Europäischen Union durch andere, nicht sozialpolitische institutionelle Entwicklungen?

Diese Fragestellung führt weit über das Forschungsfeld Sozialpolitik hinaus. Die gegenwärtigen (2012) Funktionsprobleme des Europäischen Währungsraumes haben einen immensen Integrationsschub ausgelöst (Vobruba 2012). Die durch die gemeinsame Währung gesteigerten wechselseitigen Abhängigkeiten innerhalb der Europäischen Union erzwingen offensichtlich ergänzende Institutionalisierungsschritte. Dies läuft auf eine EU-Fiskal- und Transferunion als dem nicht intendierten aber unvermeidbaren Ergebnis der Währungsunion hinaus. Entsteht damit zugleich das Potential zur Ausbildung von EU-Sozialpolitik? In dieser Hinsicht finden sich zumindest auf der Ebene der politischen Rhetorik deutliche Analogien zur Konstitutionsphase staatlicher Sozialpolitik: So wie damals wird heute vor Ansteckung gewarnt (Vobruba 2012a). Damals waren es Krankheiten und Armut in den großstädtischen Elendsquartieren, gegen die sich die wohlhabenden Bezirke nicht mehr abschirmen ließen. Heute sind es – analog – die Finanzierungsprobleme der armen EU-Schuldnerländer, welche auf den Wohlstandskern der Europäischen Union übergreifen. In beiden Fällen bestimmt eigennützige Hilfe die politischen Kalküle. Die Gründerkrise und die Euro-